Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn Mk. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Verkehr Mk. 2.10, im übrigen Württemberg Mk. 2.20 Monats-Abonnements nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pfg. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Fernsprecher 29.
Postscheckkonto 5113 Stuttgart.

№ 289 — Montag, den 9. Dezember — 1918.

Die Opferschale.

S Das Reichernährungsamt hat an das Auswärtige Amt, wie die „Voss. Ztg." berichtet, eine Note über die Gefährdung der deutschen Ernährungswirtschaft gerichtet, aus der zu entnehmen ist, daß die Vorräte an Brotgetreide in den Hauptwohnbezirken nur noch für wenige Wochen reichen. Da die Lagerbestände — bei normaler Zufuhr! — nur bis etwa 7. Februar reichen, müsse man dann im günstigsten Falle die Mehlration um $^2/_3$ kürzen. Mit der Fettabgabe sehe es ebenso trostlos aus. Was hat die Regierung bewogen, am 1. Dez. die Brotration zu erhöhen? Warum hat die Regierung den Wahltag für die Nationalversammlung erst am 16. Februar festgesetzt? Wo sind die Lagerbestände hin, aus denen im Vollen geschöpft wurde? Das deutsche Volk wird bald erwachen zur schrecklichen Gewißheit: Man hat gewissenlos von unberufener Seite mit unserem sorgsam gehüteten Getreide gewirtschaftet. Man verlängert den Wahltermin. Soll das Elend keine Grenzen haben? Wenn der deutsche Arbeiter meint, für ihn brechen goldene Zeiten an, so irrt er sich. Das Gegenteil ist der Fall. In Berlin und in anderen Hauptstädten wächst das Heer der Arbeitslosen. Für wenige Wochen oder Monate reichen unsere Erze. Dann hört der Betrieb ganz oder teilweise auf. Die Entente wird alles tun, um unsere Industrie möglichst lang lahmzulegen. Die Munitionsarbeiterinnen, die man noch vor wenigen Wochen damit beschäftigt sah, Offizieren auf offener Straße Kokarde und Achselstücke abzureißen, werden nach und nach auf die Straße gesetzt. Die große Ernüchterung kommt. Die große Not im grauen Gewand klopft eindringlicher an die Arbeiterwohnung. Das Saarrevier hat Frankreich annektiert, das rheinische Industriegebiet wird bald für den Feind ausschließlich arbeiten. In den oberschlesischen Bergwerken und Hüttenwerken sabotieren aufgehetzte Polen. Sagen wirs nüchtern heraus. Wir bekommen in der nächsten Zeit keine Kohlen. Kein Stück. Dieser Zustand kann Monate dauern. Weiß man, was das bedeutet? Stillegung der Industrie, der Beleuchtung. Einschränkung der Eisenbahnen, vielleicht sogar deren Stillstand, Transporthemmung, Hunger. Sogar der Feind kann uns in der Kohlennot nicht helfen, da er selbst darunter leidet, oder aber höchstens in geringstem Maße. Diese Hoffnung hegt selbst der überzeugteste Völkerbundsfreund nicht mehr. Es geht langsam, dann immer schneller der Katastrophe zu. Wir bewegen uns abwärts auf der schiefen Ebene.

Das deutsche Volk sieht apathisch auf die Opferschale, die überzufließen beginnt. Man hat es bewußt und unbewußt eingewickelt. Es wurde ihm eingeredet, daß es frei sei, aber nun drückten es stärkere Fesseln zu Boden. Die Zeiten sind bald da, von denen der „Vorwärts" schrieb, in denen man froh sein würde, alle Wochen 4 Pfund Brot zu erlangen. Man hat dem Volk schnellste Vergesellschaftung der Betriebe und Aufteilung des Großgrundbesitzes versprochen. Dasselbe hat man sprungweise in Rußland versucht. Man dachte sich das Hinüberturnen über die Hindernisse nicht so schwierig. Wer von uns sehnt sich nach den jetzigen russischen Zuständen? Der Feind hat schwarze Kreuzer auf die wehrlose deutsche Bevölkerung losgelassen. Die deutsche Flotte ist im Triumpf nach England gebracht worden. Poincare und Clemenceau reisen nach Mainz und Köln.

Das deutsche Volk füllt immer aufs neue die Opferschale. Es hat im Kriege entsagen gelernt, bis es seelisch und physisch zusammenbrach. Nun gibt es weiter, Stück um Stück, alles. Die Wehr ist weg — nun auch das Letzte — die Ehre. Mehr kann man nicht mehr holen. Die Neutralen fangen an, mitleidig auf uns herabzusehen. Und der Feind? Er verachtet uns.

Mit ätzendem Hohn und Spott überschüttet, wie der „Türmer" schreibt, die französische Presse aller bürgerlichen Parteien, bis weit in die äußersten Linken hinein, den Umschwung in Deutschland, den Abfall vom Kaisertum und die Liebedienerei, das Kriechen vor dem Feind von gestern. Im „Eclair" schreibt z. B. René Wertheimer, dessen Name, nebenbei bemerkt, gewiß nicht echt französisch klingt, in einem Aufsatze, der die französische Nation mit der deutschen vergleicht, folgendes:

„Als Ende August 1914 der Feind auf unserem Boden eingedrungen war und die Gefahr völligen Vernichtung plötzlich schreckensvoll ihr Haupt vor uns erhob, stand Frankreich mit einem Schlage auf, wie ein einziger Mann, bewunderungswürdig anzusehen und gleichgültig gegen alles andere als dem äußersten Widerstand . . . . .

Dagegen der „Boche!" . . . .

Nachdem er sich gut geschlagen hatte, sieht er jetzt, nach vier Jahren Sieg und Beute, daß er die Partie verloren hat, und nun läßt er alles im Stich, streckt die Waffen und macht Revolution. In der Stunde, da ihm die Invasion droht, setzt er sich nicht etwa, obwohl er unser Beispiel vor Augen hatte, zur Wehr . . . nein, er entscheidet sich, wie ein Mann, für die Schmach und für die Schande. In diesem Augenblick, da auf alles, was einst das deutsche Reich war, der Schatten der Entehrung sich herabsenkt, hören wir, daß die Lobredner der eigenen Niederlage mit Beifall überschüttet werden und Freude und Aufruhr sich in ihren Städten um die Herrschaft streiten. Und dabei haben sie an der Front noch Tausende der Ihrigen, die leiden und an der Straße ihres Rückzuges sterben . . .

Und der Artikel schließt voll Verachtung mit dem Ausruf: „Sale boche!" — „Erbärmlicher Boche!"

Was will man noch mehr?

Das englische Bündnisangebot von 1901.

München, 5. Dezember 1918. Es ist vielfach behauptet worden, die Feindschaft Englands gegen Deutschland datiere von der Zeit der Krüger-Depesche vom 3. Januar 1896. Obwohl es richtig ist, daß diese Depesche in England einen Entrüstungssturm hervorrief, der sogar zu gehässigen Ausschreitungen gegen Deutsche in England führte, hat doch die englische Politik zunächst keine antideutsche Richtung genommen. England suchte im Gegenteil zwei Jahre nach dieser Depesche eine Annäherung an Deutschland im Sinne eines friedlichen Ausgleiches mit der sich zu einer Gefahr für das englische Weltimperium entwickelnden deutschen Großmacht. In dieser Richtung waren besonders tätig Chamberlain, Lansdownes, Balfour und der Herzog von Devonshire, die hervorragendsten Mitglieder des britischen Kabinetts Salisbury. Es kam 1898 ein deutsch-englischer Geheimvertrag über die Anwartschaft auf portugiesischem Kolonialbesitz für den Fall seines Verkaufs zustande, nachdem schon im Frühjahr 1898 ein erstes vertrauliches Bündnisangebot Chamberlains, des damaligen Kolonialministers, erfolgt war. Jedoch wollte die deutsche Regierung einen Bündnisvertrag, der das Verhältnis zu Rußland stören könnte, nicht schließen und regte an, sich zunächst über Einzelfragen zu verständigen. Solche Verständigungen stellten dar der Samoavertrag von 1899 und das deutsch-englische Yangtseeabkommen von 1900. Inzwischen war der Burenkrieg ausgebrochen, der in Deutschland bekanntlich eine sehr antienglische Stimmung auslöste. Trotzdem kam Chamberlain im Januar 1901 auf seinen Allianzgedanken zurück, der ein geheimes Abkommen über Marokko in sich schloß. Marokko, besonders Westmarokko, sollte Deutschland als Einflußsphäre zugewiesen werden. Chamberlain ließ damals schon keinen Zweifel darüber, daß, wenn ein Anschluß Englands an den Dreibund nicht zustande käme, dieses sich selbst unter schweren Opfern dem französisch-russischen Zweibund zuwenden müsse, wie es ja später auch gekommen ist. Bei der Anwesenheit Kaiser Wilhelms II in London anläßlich des Leichenbegängnisses seiner Großmutter, der Königin Viktoria, wurde die Frage eines Defensivbündnisses, das bei Doppelangriff wirksam sein sollte, in Unterredungen mit Salisbury und Lansdownes (Minister des Äußern) erörtert, woran sich weitere Besprechungen zwischen Lansdownes und dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeld, sowie dem englischen Botschafter Lascelles und dem Auswärtigen Amt in Berlin, ferner zwischen dem deutschen Kaiser und König Eduard in Wilhelmshöhe im August 1901 schlossen. Eine erneute Anregung im Sommer 1901 zu gemeinsamen Vorgehen in Marokko, wo nun Unruhen ausgebrochen waren, sah man in Berlin nur als einen Versuch an, Deutschland gegen Frankreich vorzuschieben und gegen Weihnachten 1901 schliefen die Verhandlungen ganz ein. Daß die Vorschläge Englands damals ernstgemeint waren, geht schon daraus hervor, daß der bedächtige Salisbury seine Hinneigung zu Frankreich überwand und sich sogar ausdrücklich zu einem Defensivbündnis, das Deutschland nur für den Fall eines Angriffes von Seiten Rußlands oder Frankreichs verpflichten sollte, bereit erklärte. Es ist heute von besonderem Interesse, zu wissen, daß Salisbury der Ausdehnung des Bündnisses auf Oesterreich-Ungarn widerstrebte, weil er mit dessen slavischen Völkerschaften nicht sympathisierte.

Wie dem auch sein mag, nachdem das Bündnis nicht zustande gekommen war, woran deutscherseits die Scheu vor der des Burenkriegs wegen sehr englandsfeindlichen Volksstimmung beirug, begann England sofort die Einkreisungspolitik. Einer Deutschlandsfeindlichkeit entstammt dieselbe keineswegs, sondern nur dem Umstand, daß sich England bedroht fühlte, als Deutschland ohne auf ein Bündnis mit ihm einzugehen, eine mächtige Schlachtflotte zu bauen unternahm.

Die Berliner Vorgänge.

Berlin. Die Vorgänge, die sich in den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden in Berlin abspielten, sind, wie der „Vorwärts" schreibt, nicht nur aufs tiefste zu beklagen, sondern auch aufs schärfste zu verurteilen. Es ist notwendig, sie restlos aufzuklären und die Schuldigen rücksichtslos zur Verantwortung zu ziehen. Die Straßenkämpfe erklären sich aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakusleute und der ungeheueren Erbitterung von neuen Zehnteln der Berliner über dieses Treiben. Wenn die Spartakusleute mit der Beschuldigung kommen werden, die Regierung lasse auf das Volk schießen, so ist darauf zu erwidern, daß in der Chausseestraße Volk auf Volk geschossen hat, denn die Soldaten sind doch schließlich auch Volk. Die Soldaten hatten den strengsten Befehl von der Kommandantur, die Waffen nicht zu gebrauchen, es sei denn im Falle unvermeidlicher Notwehr. Die Soldaten versichern, daß sie sich tatsächlich in Notwehr befunden haben. Auf keinen Fall sind sie blinde Werkzeuge einer höheren Macht, sondern sie sind freie Bürger der Republik wie wir. Niemand zwingt sie, niemand erlaubt ihnen, unschuldiges Blut zu vergießen.

In der „Vossischen Zeitung" liest man: Die Arrangeure der Spartakusgruppe haben gestern einen Putsch in Szene zu setzen versucht. Sie versehen ihre Anhänger systematisch mit Waffen und Munition. Ihr Ziel ist ein Gewaltstreich, der sie in den Besitz der uneingeschränkten Macht zunächst in Berlin bringen soll. Die gestrigen Vorgänge dürften ihnen allerdings gezeigt haben, daß ihre Rechnung nicht ganz stimmt. Sie werden allmählich zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, auch die Soldaten nicht gewillt ist, die Errungenschaften der demokratischen Revolution an die Gewaltherrschaft der kleinsten Minderheit zu verlieren.

Das „Berliner Tageblatt" sagt: Es darf nicht so weitergehen, weil bei einer Fortdauer solcher Zustände die Entente uns unzweifelhaft einen geradezu vernichtenden Frieden diktieren wird.

Die „Berliner Morgenpost" schreibt: Es muß jetzt bald gehandelt werden. Man nehme den frühesten Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung, der überhaupt möglich ist. In jeder Verzögerung liegt neue Gefahr und jedes Zaudern könnte neue Opfer kosten.

Ebert hat, wie der „Vorwärts" schreibt, mit der Nichtannahme der Präsidentschaft der Republik, die ihm von den Soldaten angetragen wurde, bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei es ablehnt, sich auf dem Wege eines Handstreichs die alleinige Macht zu verschaffen, daß sie die Verträge, die sie geschlossen hat, hält. Auf der anderen Seite wird man nicht verkennen dürfen, daß die Masse der Bevölkerung Berlins und des ganzen Reiches eine in ihrer freiheitlichen Auffassung feste Regierung will, daß sie Ordnung will und daß sie der Sozialdemokratie die Kraft zutraut, Ordnung zu halten. Der Spartakusbund verhält sich zu dieser Masse wie ein Sandkorn gegen einen Felsen. Er muß auf Drohungen mit der Gewalt, auf bewaffnete Umzüge verzichten, er muß sich dem Willen der ungeheuerlichen Mehrheit des Volkes unterordnen. Als bestes Mittel, ihn von weiteren Torheiten abzuhalten, empfehlen wir immer wieder, ihm den Mehrheitswillen des Volkes so rasch und so deutlich wie möglich fühlbar zu machen.

Berlin, 7. Dez. Ueber Zusammenstöße in der Chaussee- und Invalidenstraße wird gemeldet: In den Germaniasälen hatten sich Kriegsbeschädigte, Urlauber und Arbeitslose, ferner wohl auch einige Frontsoldaten zu einer Kundgebung versammelt und wollten einen Soldatenrat wählen. Nachdem 6 Redner gesprochen hatten, zogen die Teilnehmer in Richtung auf den Lehrter Bahnhof ab. Unterwegs wurden die völlig Unbewaffneten durch Truppen der Gardefüsiliere zerstreut. Einen zweiten Zug der aus den Sophiensälen kam, traten auf der Kreuzung der Invalidenstraße die Maikäfer entgegen und riefen ihm zu: „Auseinandergehen!" Als sich die Demonstranten weigerten und ihre Kameraden darauf aufmerksam machten, daß sie völlig unbewaffnet seien, fielen plötzlich einige Schüsse, die das

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Signal zu einer allgemeinen Schießerei waren. Bisher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete, festgestellt worden. Der ganze Vorgang ist auf einen Befehl des Generalkommandos der Gardetruppen zurückzuführen. Das Generalkommando hatte an die Füsiliere den Befehl gegeben, Mannschaften alarmbereit auf diese Straße zu schicken und die Demonstranten aus den Germania- und den Sophiensälen zu zerstreuen. — Ueber die Vorgänge bei den Unruhen im Norden giebt der „Abend" folgende Darstellung: In einer Versammlung der Frontsoldaten, Urlauber und Deserteure, die protestierten, daß von ihnen kein Vertreter in den Soldatenrat aufgenommen worden sei, erschien ein Soldat und teilte mit, daß der Vollzugsrat um 5 Uhr verhaftet worden sei. Der daraufhin veranstaltete Demonstrationszug wurde vor dem Oranienburger-Tor von Soldaten mit Maschinengewehrfeuer empfangen und auseinandergetrieben.

Tagesneuigkeiten.

Franzosen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen 6. Dez. WTB. Heute nachm. trafen hier die ersten französischen Besatzungstruppen, einige hundert Mann, darunter auch Farbige, ein. — Die gestern hier eingetroffene interalliierte Kommission hat auch in Mannheim eine Besprechung mit den Schiffahrtsinteressenten gehalten. Bei der Besprechung wurde nach dem Ludwigshafener „Gen. Anz." von den Franzosen die sofortige Absetzung der A.- und S.-Räte, die Aufhebung des 8-Stundentages, die Einführung des Arbeitszwanges und die Todesstrafe für schwere Zuwiderhandlungen verlangt. Ueber eine Sperrung der Rheinbrücke ist nichts bekannt.

Die Ermordung der Romanows.

Haag, 6. Dezbr. Reuter meldet aus Charbin: Der Bericht, daß die Bolschewiki in Alapajewsk die Großfürsten Sergius, Nicolai Nicolajewitsch, die Großfürstin Elisabeth Federowna, sowie die Prinzen Johannes, Konstantin, Nicol und Paul ermordet haben, wird bestätigt. Die einzelnen Personen wurden gezwungen, in einen Bergwerksschacht zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden wurden. Die russischen Blätter melden weiter, daß die Zarin und ihre fünf Kinder, deren Leichen noch nicht gefunden worden sind, von der gleichen Bande erschossen worden sind. Die Namen der Mörder, die nach Perm abgereist sind, sind bekannt.

Aus der russischen bolschewistischen Hölle.

Ein Berliner Sozialdemokrat erhielt auf Umwegen von einem russischen Freunde in diesen Tagen den folgenden Brief:

Helfen Sie mir aus dieser Hölle herauszukommen und verschaffen Sie mir um jeden Preis eine Empfehlung an den hiesigen schwedischen Konsul, daß er mir und meiner Familie den Auslandspaß visiere. Es fehlen mir die Worte, um das Elend und die Not, die hier herrschen, zu schildern. Der Hunger zehrt an den Erwachsenen und richtet Kinder und Greise zugrunde. Mütter töten ihre Kinder aus Verzweiflung, daß sie sie nicht mehr ernähren können. Die Zahl der Verhungerten und Obdachlosen wächst von Tag zu Tag. Alles bettelt auf den Straßen um ein Stück Brot — werden doch für ein Pfund Brot bis zu 80 Rubel gefordert. Alles ist verödet, alle Fabriken stehen still, schon weil Kohlenförderung und Kohlenzufuhr fast völlig aufgehört haben. Eine persönliche Sicherheit gibt es überhaupt nicht mehr, man ist dem schlimmsten Elend und der größten Willkür zugleich ausgeliefert.

Die angeblich von sozialistischen Ideen durchdrungenen Soldaten der Roten Garde sind völlig korrumpiert. Gemeine Genußsucht und Bandenwesen greifen bedrohlich um sich. Die Unduldsamkeit der Sowjetregierung ist beispiellos, und wer nicht restlos mit ihr übereinstimmt, ist einer Tyrannei ausgeliefert, wie sie noch kein Nero ausgeübt hat. Der neueste Trick der Bolschewiki besteht darin, daß sie Mütter mit Säuglingen als Geiseln festnahmen, damit die Väter sich ihnen stellen müssen.

Die Bedingungen der Feinde.

Köln, 6. Dez. Die Köln. Zeitg. meldet aus dem Haag: Wie Holland Nieuwe Büro aus London wissen will, sind auf der Konferenz der Alliierten über folgende 7 Punkte Entscheidungen getroffen worden: 1) Verlängerung des Waffenstillstands; 2) Auslieferung des Kaisers; 3) Entschädigung durch Deutschland; 4) französische und italienische östliche Interessen; 5) Bildung von neuen Staaten mit Bezug auf die polnischen, süddeutschen, serbischen, britischen, rumänischen und tschecho-slowakischen Wünsche; 6) Nahrungsmittel- und Schiffahrtsfragen, Reorganisation und Verteilung der Rohstoffe; 7) allgemeine Friedenskonferenz.

Köln 6. Dez. Die Köln. Zeitg. meldet aus Genf: Progres erfährt aus Paris, der Verband wolle die Frist für die Lieferung der Wagen verlängern.

Weitere Verschärfung der feindl. Bedingungen.

Berlin, 7. Dez. (WTB.) Von der Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und deren Ausführung erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Vollmachten des Admirals Beatty sind bis auf die Frage der Internierung der Schiffe auf Admiral Browning übergegangen. Die Kommission des Admirals Browning begibt sich in diesen Tagen nach Hamburg, um die in deutschen Händen befindlichen Handelsschiffe der Entente zu besichtigen. Diese englische Kommission besteht aus 6 Mitgliedern. Die Alliierten verlangen nicht nur die Rückgabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern auch aller Schiffe, die durch Prisengericht rechtskräftig zur Einziehung verurteilt sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts sind diese Schiffe deutsch. Es ist daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert worden. Admiral Browning hat jedoch die Erörterung jeder Rechtsfrage abgelehnt und verlangt die Ausführung seiner Forderung. Die Abgabe aller feindlichen Handelsschiffe soll für England u. Belgien im Tyne, für Frankreich in Dünkirchen erfolgen. Die Schiffe sollen mit Proviant und Kohlen ausgerüstet sein. Nichtfahrbereite Schiffe und Segelschiffe sollen von deutschen Schleppern übergeführt werden. Der Rücktransport der Besatzungen soll von deutscher Seite ausgeführt werden. Trotzdem für die Ablieferung der Handelsschiffe kein Termin vorgesehen war und obwohl eine Klärung der Lage durch die Schuld des Gegners verzögert worden ist, verlangt die englische Kommission die Rückgabe sämtlicher Handelsfahrzeuge bis zum 17. Dez. Gegen diese unberechtigte Forderung ist von deutscher Seite Protest eingelegt worden. Die Kommission zur Besichtigung der Kriegsschiffe begann in Wilhelmshaven am 6. Dez. ihre Tätigkeit. Sie besteht aus Offizieren der englischen, amerikanischen, französischen und japanischen Marine. Bemerkenswert ist, daß die Entente fordert, daß, sobald die Unterbringungsverhältnisse an Land es gestatten, sämtliche Kriegsschiffe ganz außer Dienst gestellt, die Besatzungen also an Land untergebracht werden. Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen dar, nach den neuesten eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe einschließlich Flugzeuge und Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen und im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben, ferner innerhalb 48 Stunden eine Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Mackensen" zum Geschleppwerden nach einem bestimmten Hafen bereit sein werde. Weiter soll eine Erklärung abgegeben werden, daß seit Abschluß des Waffenstillstandsvertrages keine deutschen Handelsschiffe mit irgend einer neutralen Flagge übergeführt worden sind. Ferner ist Besichtigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt. Diese Forderungen gehen weit über die Festsetzungen des Waffenstillstandsvertrags hinaus.

Verhinderung der deutschen Ausfuhr.

Berlin 7. Dez. Die Ausfuhr deutscher Fertigwaren nach Schweden wird jetzt auf Verlangen der Engländer mit Hilfe der Ein- und Ausfuhrbehörden der neutralen Länder, die auf Wunsch der Entente geschaffen waren, verhindert. Der deutschen Ausfuhr von Fertigwaren nach Holland dürfte demnächst das gleiche bevorstehen.

Zu dem Vorhaben, Deutschland ausländische Lebensmittel zu verschaffen, paßt dieses Vorgehen Englands gar schlecht. Denn wovon soll Deutschland die Lebensmittel bezahlen, wenn man es verhindert, sich durch Ausfuhr des Wenigen, was es zur Zeit liefern kann, die unentbehrlichen Guthaben im Auslande zu schaffen?

Ein württ. Feldlazarett in Ungarn.

Pest 7. Dez. WTB. Das württ. Feldlazarett Nr. 120, das sich in Kronstadt befindet, wandte sich mit dem Ersuchen an den ungarischen Nationalrat, im Sinne der Genfer Konvention von einer Internierung der Lazarette abzusehen. Das Kommando des Lazarettes verweist darauf, daß auch die württ. Regierung den von der Westfront heimkehrenden und über Württemberg abziehenden ungarischen Truppen kein Hindernis in den Weg lege. Es bittet deshalb die ungarische Regierung, den Abtransport des ganzen Personals und der Einrichtung der Lazarette zu gestatten, bezw. sie möge bei der Entente internieren, damit diese die Heimkehr ermögliche.

Die Erdrosselung der dänischen Ostseeschiffahrt.

Berlin, 7. Dez. WTB. England hat in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schiffahrt in der Ostsee nicht mehr zugelassen wird. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher eine Verständigung über die einzunehmende Ladung erfolgt sein. Nur Kali und Kohle, Halb- und Ganzfabrikate dürfen noch aus Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel die auf Grund der Wirtschaftsabkommen vereinbart sind, ausführen. Aehnliche Nachrichten liegen aus Holland vor.

Die neue Maßnahme ist eine unerhörte mit den Wilson-Plänen nicht zu vereinbarende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Knebelung des Gegners, der zuerst entwaffnet wurde, und eine neue Verschlechterung unserer schweren Ernährungslage durch die unausbleibliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 9. Dezember 1918.

Uebertragen wurde die erledigte Stelle eines Seminaroberlehrers in Nagold dem Volksschulrektor Rädler in Metzingen OA. Reutlingen.

Abschiedsabend. Die Beamten und Angestellten des Oberamts, der Oberamtskörperschaften und der Bezirksversorgungsstelle hatten sich am Freitag abend in der „Krone" zu einem Abschiedsabend zusammengefunden.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

41] (Nachdruck verboten.)

Ja dumm! Zum wartete er bereits drei Stunden und noch keine Antwort!

Aber vielleicht war der Bote längst zurückgekehrt und hatte den Brief für ihn unten abgegeben. Er klingelte. Das Zimmermädchen erschien und fragte mit dem gewohnt freundlichblöden Lächeln nach seinen Wünschen.

„Fragen Sie bitte Mistreß, ob der Bote, den ich vor drei Stunden weggeschickt, noch nicht zurückgekommen ist. Fragen Sie überhaupt Mistreß, ob Post für mich eingelaufen ist!"

Das Mädchen verschwand, und er wanderte vor Aufregung zitternd auf und nieder, bis an seiner Tür gepocht wurde. Und mit demselben blödfreundlichen Lächeln gab das Mädchen die Auskunft, der Bote sei noch nicht zurückgekehrt und Post sei nicht gekommen . . . Die Tür schloß sich wieder.

Erschöpft ließ er sich am Schreibtisch nieder.

Unerträglich diese Marterung der Nerven . . . Und Wägen und Schwanken drängte in seine Seele. Ob er nicht lieber vorzeitig ein Ende machen solle?

„Wenn Sie so weit sind, lieber Kamerad, dann rücken Sie aus, so schnell und so schlau wie möglich!" hatte die alte Exzellenz geraten.

Ach, was wußten jene, wie ihm zumute war? Was wußten sie im fernen deutschen Hauptquartier, wie er litt? Was wußten sie, wie einem der Sinn umnebelt ward von diesem steten Hauch der Feindseligkeit gegen alles Deutsche? Was ahnten sie von der Selbstüberwindung, mit der er täglich die Zeitungen las, die gegen sein Vaterland zu Felde zogen, wie sein Herz zitterte, wenn sie fort und fort nur Schlechtes von dem „verhungerten und erschöpften" Deutschland berichteten?!

Er hatte sich für den Dienst, den kein Mensch von ihm gefordert, freiwillig erboten. Er konnte wohl auch freiwillig zurücktreten, nachdem er ein wenig genützt und im übrigen eingesehen, daß das Unterfangen doch zu kühn. Sollte er wirklich abwarten, bis seine körperliche Gesundheit unheilbaren Schaden genommen, bis sein Geist unheilbar zerrüttet war?!

Niemand konnte ihm Feigheit vorwerfen, wenn er sich in Sicherheit brachte, solange es noch Zeit war! Niemand wußte darum, wie es in Wahrheit in seiner Seele aussah. Niemandem stand das Recht zu, sein Ehrgefühl und seinen Mut in Zweifel zu ziehen! Und doch . . . nein, es ging nicht . . .

„Wenn Sie so weit sind!" hatte die Exzellenz gesagt. Er war nicht so weit! Noch durfte er nicht! Und dann . . . da war es wieder, was im Dunkel seiner Seele schlummerte. Ihn fesselte noch eine Aufgabe hier, deren er sich vorher nicht bewußt gewesen, zu deren Bewältigung er nicht ausgezogen war. Und doch eine schöne Aufgabe, wie ihn dünkte.

Er wollte Marianne von Roggenhusen erlösen.

Sie sollte nicht mehr leiden! Wenn er England verließ, sollte sie mit ihm ziehen. Der Gedanke an sie sollte seine Stütze sein in den Ängsten, deren Flammen ihn umzüngelten. Er ahnte, wie sie sich fort aus diesem Lande sehnte, wo man ihr die Schwester erschlagen, ahnte, wie ihr Herz für das Land empfand, dessen Sprache sie sprach, in dessen Zunge sie betete, dessen Dichter sie verehrte, dessen Kultur auch die ihre war — trotz aller räumlichen Trennung.

Das Denken an Marianne beruhigte ihn wunderbar. Es glitt wie Öl über die erregten Wogen seiner Seele. Ein Teil ihrer fast mütterlichen Ruhe und Sanftmut schien in sein Herz überzuströmen.

Nein, sie blendete nicht wie die eitle Tochter des Zeitungskönigs, sie würde ihn nicht zu Torheiten verleiten, sie würde ihm Freundin und Schwester sein, vielleicht auch —. Aber er dachte nicht zu Ende.

Narretei! Einfältiges Hirngespinst! Anfall von echtdeutscher Romantik! Daß er sich solche Schwärmereien noch immer nicht abgewöhnen konnte, wo es doch ernstlich galt, nur mit den gegebenen Wirklichkeiten zu rechnen!

Wer sagte ihm, daß Marianne einen Menschen brauchte gleich ihm? Wie sollte er sich überhaupt ihr nähern? Wie sollte sie Vertrauen zu ihm schöpfen, der ihr als britischer Offizier genahte? Sich ihr offenbaren? Er stieß ein heiseres Lachen hervor und faßte sich an die Brust.

„Ich denke, alter Junge, wir lassen es bei der einen Weiberei bewenden! Damit froh sein, wenn du da glimpflich davonkommst!"

Aber unter der Asche glomm der Funke weiter.

Nein, es war nicht Mitleid, was ihn zu ihr zog. Auch nicht die gemeinsame Muttersprache noch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, da sie beide eine Insel gleichsam mitten im Lager der Feinde bildeten. Es war doch wohl mehr als das.

Er dachte an seine vor Jahren verstorbene Mutter zurück, deren sehnlichster Wunsch gewesen war, er möchte ein eigenes Heim gründen. Er solle nicht so lange zaudern; schließlich werde er alt und grau dabei und habe den rechten Anschluß verpaßt . . . Die gute alte Dame. Was sie wohl zu Marianne von Roggenhusen gesagt hätte? War das nicht ganz sein heimliches Götterbild von der Frau?

„Sie braucht nicht allzu schön, sie braucht nicht allzu geistreich zu sein, wenn sie nur gesunde Glieder und einen gesunden Verstand hat. Aber Vornehmheit des Herzens suche ich als erste Himmelsgabe in der deutschen Frau und Mutter!" Das war immer seine Antwort gewesen auf die Fragen der Mutter. Und ehe er noch die rechte Wahl getroffen, hatte die gute alte Dame ihre Augen zum ewigen Schlummer geschlossen . . .

Aber . . . was sie wohl zu Marianne von Roggenhusen gesagt hätte?

Er durchmaß das Zimmer mit gewaltigen Schritten.

Nein, er mußte sich's aus dem Kopf schlagen. Nach dem Frieden vielleicht, da konnte er zurückkehren und in aller Form um Marianne werben. Aber bei Gott, jetzt war die Zeit nicht für Herzensgeschichten!

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Herr Regierungsrat Kommerell, der zuerst einen Ruf nach Stuttgart erhielt, ist plötzlich als Amtsverweser nach Reutlingen berufen worden. Welcher Anhänglichkeit und Wertschätzung sich der Scheidende bei seiner Beamtenschaft erfreute, ging aus den vielen herzlichen Abschiedsworten hervor, die von den einzelnen Vertretern gesprochen wurden. Herr Oberamtssekretär Vollmer dankte herzlich im Namen der Beamten und Angestellten des Oberamts. Weiter sprachen noch Herr Oberamtspfleger Rapp und Herr Geschäftsführer Kieselstein. Das einträchtige Beamtenverhältnis, das der Scheidende schuf, die nie ermüdende Fürsorge für seine Untergebenen werden von der Beamtenschaft unvergessen bleiben. Die herzlichsten Glückwünsche begleiten ihn an seinen neuen Wirkungsort, wo er ja kein Fremder sei, da er früher bereits dort amtierte. — Herr Regierungsrat Kommerell begibt sich bereits Montag an seinen neuen Wirkungskreis. Auch der Bezirk und die Stadt sehen ihn ungern scheiden. In den vier Kriegsjahren hat er unentwegt auf seinem Posten gestanden. Was er in den Jahren seiner Amtstätigkeit hier geleistet hat, hat Herr Stadtschultheiß Maier in der letzten Amtsversammlung, in der der Scheidende sich öffentlich verabschiedete, erschöpfend dargelegt. Auch der Bezirk Nagold begleitet Herrn Regierungsrat Kommerell mit den innigsten Segenswünschen an seine neue Stätte der Arbeit. Seine vorbildliche Tätigkeit bleibt hier unvergessen.

Oeffentliche Versammlung. Die öffentliche Versammlung am Samstag nachmittag war zahlreich besucht. Der Einberufer, Herr Professor Bauser, begrüßte die Erschienenen und gab seiner Freude Ausdruck, daß in Nagold das erstmal ein württembergischer Minister in einer öffentlichen Versammlung auftrete und Rede und Antwort stehe. Nach erläuternden Worten über den Begriff der geistigen Arbeiter erteilte er Herrn Kultminister Heymann das Wort zu seinem Vortrag, der unsere politische Lage und die Organisation der geistigen Arbeiter behandelte. Er erklärte gleich am Anfang seiner Ausführungen, daß er nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied der Regierung rede, auch nicht als Parteimann, wie er später noch ausdrücklich betonte. Der erste Teil behandelte den Ausbruch der Revolution, deren Träger Arbeiter und Soldaten waren, und erklärte, daß die Ursache dazu in einem gewissen seelischen Zusammenbruch der Arbeiter und dem unerträglichen militärischen Zwang zu suchen sei. Die geistigen Arbeiter sollen die Brücke schlagen zu den gewerblichen Arbeitern. Auf der Grundlage der geschaffenen Revolution sollen sie ihre Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit aufnehmen, ohne Parteipolitik zu treiben. Der Materialismus soll vor dem Idealismus in den Hintergrund treten. Vor allem sollen die geistigen Arbeiter sich auch den politischen Einfluß der Regierung sichern, der ihnen zukommt. Es sei moralische Pflicht eines jeden geistigen Arbeiters, nicht teilnahmslos beiseitezustehen. Der Vortrag schloß mit einem Appell, sich der neuen Organisation anzuschließen. Der fesselnde, im allgemeinen sachlich gehaltene Vortrag, erntete reichen Beifall, bei einzelnen Redewendungen, z. B. bei der monarchischen Frage, gab es begreiflichen Widerspruch. Herr Reallehrer Dambach vom Zentralvorstand des geistigen Arbeiterrats Stuttgart gab noch weitere Einzelheiten über den Ausbau und die sonstige Organisation der Ortsgruppen. Einstweilen wurden in allen Orten des Bezirks Vertrauensleute bestimmt, welche das Weitere in die Wege leiten sollen. In der Diskussion wurde besonders das Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zu dem geistigen Arbeiterrat gestreift, ferner die Spartakusgefahr, die Machtfrage der jetzigen Regierung, die monarchische Frage usw. Herr Kultminister Heymann beteiligte sich mehrfach ausführlich daran. Unter herzlichen Dankesworten schloß der Einberufer die Versammlung. Am Dienstag abend wird eine weitere politische Versammlung stattfinden, in der weitere ungeklärte politische Fragen zur Besprechung kommen sollen.

Brotzulage der Schwerarbeiter. Mit Wirkung vom Dezember ab ist die ordentliche tägliche Mehlration um 40 Gramm erhöht worden. Diese Erhöhung ist auf die Zulagen anzurechnen. Demgemäß beträgt die Brotzulage künftig für Schwerarbeiter 1,5 Klg. monatlich für Schwerstarbeiter 4,5 Klg monatlich.

12. Staatslotterie, 5. Klasse, 20. Ziehungstag. Auf Württemberg gefallene Gewinne: 2. Dez. 1918. 3000 ℳ auf Nr. 56808. 1000 ℳ auf Nr. 175552, 177867, 178088, 188175, 200769, 200773, 203524, 500 ℳ auf Nr. 176493, 178035, 178375, 184123, 184236, 186821. Außerdem 156 Gewinne zu 240 ℳ — (Ohne Gewähr.)

Aus dem übrigen Württemberg.

r **Herrenberg.** Die Gemeindekollegien haben beschlossen, jeder Kriegerwitwe und jeder Kriegerwaise eine Ehrengabe aus der Stadtkasse zu bewilligen, ersteren je 30 M., letzteren je 10 M.. Ein hiesiger Bürger hat in den letzten Tagen 42 hiesige Kriegerwaisen je den Betrag von 50 M. auf der Oberamtssparkasse angelegt, mit der Bestimmung, daß der Betrag samt aufgelaufenen Zinsen den Betreffenden regelmäßig erst nach der Konfirmation ausbezahlt werden darf.

r **Freudenstadt.** Eine mehrköpfige Diebesbande brach in das Hotel Waldlust und in die Villa Waldfried ein, deren Besitzer Apotheker Douvermann zurzeit in Stuttgart weilt. Wie die Feststellungen ergaben, ist anzunehmen, daß die Diebe in dieser Villa, da die zurzeit unbewohnt ist, auch übernachtet haben. In der Hauptsache wurden Bekleidungsstücke aber auch sonstige Gegenstände gestohlen, deren Wert sich für das Hotel Waldlust auf 1400 ℳ, für die Villa Waldfried auf 1270 ℳ beziffert. Durch die Bemühungen der Fahnder ist es St. Grenzer gelungen, ein Mitglied dieser Bande in Stuttgart festzunehmen. Der Dieb hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Es ist der 18 Jahre alte Hausknecht Karl Damemann aus Heilbronn. Ein Teil der gestohlenen Gegenstände ist wieder beigebracht.

r **Tübingen.** Der Empfang des 1. Bataillons des Feldregiments 180, das gestern Mittag mit der Bahn hier anlangte, gestaltete sich ebenso herzlich, wie tagszuvor der des 3. Bats. Auf dem Marktplatz hielten wieder O. B. M. Hauser und Generalleutnant v. Hügel herzliche Begrüßungsansprachen. Dem Regimentskommandeur, Major Reich, wurde ein mit den Stadtfarben geschmückter Lorbeerkranz überreicht.

Letzte Nachrichten.

Verhaftung von Großindustriellen.

Mühlheim a. Ruhr, 8. Dez. Drahtb. Unter dem Verdacht des Landesverrats hat der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat die Großindustriellen August Tyssen, Fritz Tyssen jun., Edmund Simmer. Die Direktoren Hentle, Becker und Wirtz, den Kommerzienrat Kist und den Bergassessor Remm verhaftet. Sie sollen versucht haben, ihre großindustriellen Werke der Entente auszuliefern. Die Festgenommenen sollen nach Berlin gebracht werden. Die Firma Tyssen hat gegen die Verhaftung Einspruch erhoben.

Einzug der Engländer in Köln.

Köln, 8. Dez. Drahtb. Die Engländer sind heute in Köln eingezogen.

Täglich kann abonniert werden!

Für die Schriftleitung verantwortlich Paul Sage, Nagold.
Druck u. Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Karl Zaiser) Nagold.

Amtliches.

Wahlordnung
für die verfassunggebende württembergische Landesversammlung.

§ 1.

Die verfassunggebende Landesversammlung besteht aus 150 Abgeordneten des württembergischen Volkes.

Diese werden in einem Wahlgang, für den das ganze Land einen einheitlichen Wahlbezirk bildet, im Wege der Verhältniswahl gewählt.

Aufgabe der Landesversammlung ist, dem Lande Württemberg eine neue Verfassung zu geben; die Uebernahme weiterer Aufgaben bleibt der Beschlußfassung der Landesversammlung vorbehalten.

§ 2

Wahlberechtigt sind alle Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts, einschließlich der Militärpersonen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Sinne des bürgerlichen Rechts voll geschäftsfähig sind, sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Lande haben. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahr Deutsche sind.

Oeffentliche Beamte und Militärpersonen bedürfen zur Bewerbung um einen Abgeordnetensitz und zur Ausübung der Tätigkeit als Abgeordnete keines Urlaubs.

§ 3

Die Wahlhandlung findet im ganzen Lande am Sonntag den 26. Januar 1919 in örtlichen Abstimmungsbezirken auf Grund von Wählerlisten und Wahlvorschlägen im Wege der unmittelbaren und geheimen Stimmabgabe statt.

Für die Aufnahme heimkehrender Kriegsteilnehmer in die Wählerlisten werden vom Ministerium des Innern erleichternde Vorschriften erlassen.

Die Vorbereitung und Durchführung des Wahlgeschäfts liegt den Gemeindebehörden, den Oberämtern und einer Landeswahlkommission ob; die oberste Leitung kommt dem Ministerium des Innern zu. Dieses bestimmt insbesondere das Nähere über Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, Anlegung und endgültige Feststellung der Wählerlisten, Bildung und Aufgaben der örtlichen Wahlausschüsse, Bestimmung der Wahlräume und über die bezüglichen öffentlichen Bekanntmachungen.

§ 4.

Für die Wahl wird mit dem Sitz in Stuttgart eine Landeswahlkommission gebildet, die aus einem Vorsitzenden und zwölf Beisitzern nebst ebensovielen Stellvertretern besteht. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter und vier Beisitzer nebst vier Stellvertretern werden aus dem Kreise der staatlichen Beamten, die acht weiteren Beisitzer nebst acht Stellvertretern aus den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien der Gemeinden des Landes unter gleichmäßiger Berücksichtigung der vier Kreise berufen.

Die Bestellung der Kommission erfolgt durch das Ministerium des Innern, ihre Zusammensetzung ist im Staatsanzeiger öffentlich bekannt zu machen. Das Ministerium des Innern gibt der Kommission einen oder mehrere Protokollführer und die erforderlichen Hilfsarbeiter bei.

Zur Beschlußfähigkeit der Kommission ist Vollzähligkeit erforderlich.

Die Beschlüsse der Kommission werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

§ 5.

Die Wahlvorschläge dürfen bis zu 150 Bewerber enthalten, die nach Familien- und Rufnamen, Stand oder Beruf und Wohnort so deutlich zu bezeichnen sind, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Die Bewerber sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 in eine Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet sein; eine öffentliche Beglaubigung jeder Unterschrift und eine amtliche Beurkundung, daß jeder Unterzeichner in eine Wählerliste aufgenommen ist, sind vorzulegen. Zuständig zu dieser gebührenfrei zu erteilenden Beglaubigung und Beurkundung ist das Schultheißenamt der Gemeinde, in deren Wählerliste der betreffende Unterzeichner aufgenommen ist.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Jeder Bewerber darf sich nur einmal vorschlagen lassen.

Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem sonstigen Kennwort versehen sein, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Irreführende oder den guten Sitten zuwiderlaufende Bezeichnungen sind unzulässig. Fehlt ein solches Kennwort, so wird der Wahlvorschlag nach dem ersten Unterzeichner benannt.

Jeder Wahlvorschlag hat die Bezeichnung eines Vertreters der einreichenden Wählervereinigung nebst einem Stellvertreter zu enthalten; in Ermanglung der Bezeichnung eines Vertreters gilt der erste Unterzeichner als solcher. Der Vertreter ist berechtigt und verpflichtet namens der Wählervereinigung die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

§ 6.

Die Wahlvorschläge, zu deren Einreichung durch Bekanntmachung der Landeswahlkommission im Staatsanzeiger aufzufordern ist, müssen spätestens am Samstag den 11. Januar 1919 bis abends 6 Uhr beim Vorsitzenden der Landeswahlkommission eingereicht sein.

§ 7.

Mehrere Wahlvorschläge können so miteinander verbunden werden, daß sie den Wahlvorschlägen anderer Wählervereinigungen gegenüber als ein einziger Wahlvorschlag zu behandeln sind. Verbundene Wahlvorschläge können sich mit einzelnen oder verbundenen Wahlvorschlägen zu Oberverbindungen zusammenschließen.

Die Verbindungserklärungen müssen von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder von den in § 5 Absatz 5 bezeichneten Vertretern spätestens bis zum Samstag den 18. Januar 1919 abends 6 Uhr beim Vorsitzenden der Landeswahlkommission abgegeben sein.

§ 8.

Die Landeswahlkommission veröffentlicht die gültigen Wahlvorschläge spätestens am Donnerstag den 16. Januar 1919, die gültigen Wahlvorschlagsverbindungen spätestens am Dienstag den 21. Januar 1919 im Staatsanzeiger. Diese Veröffentlichung ist in den Bezirksamtsblättern abzudrucken.

§ 9

Die Abstimmung erfolgt ausschließlich mit amtlich gedruckten Stimmzetteln. Diese werden den Wählern rechtzeitig zugestellt und sind außerdem noch im Wahlraum bereitzuhalten. Jeder Stimmzettel trägt das Kennwort und, soweit der Wahlvorschlag nicht weniger Bewerber enthält, die ersten 15 Namen des Wahlvorschlags. Andere Stimmzettel sind ungültig.

Der Wähler begibt sich in einen Wahlverschlag, steckt dort seinen Stimmzettel in einen Wahlumschlag, den er im Wahlraum in Empfang genommen hat, und legt ihn in die Wahlurne. Befinden sich in einem Wahlumschlag mehrere Stimmzettel, so werden sie, wenn sie auf denselben Wahlvorschlag lauten, nur einfach gezählt, andernfalls nicht berücksichtigt.

Die Bestimmungen über das Abstimmungsverfahren einschließlich derjenigen über die Beschaffenheit der Wahlräume, Wahlurnen, Stimmzettel und Wahlumschläge werden von dem Ministerium des Innern erlassen.

§ 10

Jeder abstimmende Wähler hat sich für **einen** Wahlvorschlag zu entscheiden.

Stimmzettel, die auf Bewerber von mehreren Wahlvorschlägen lauten, sind ungültig.

Namen von Bewerbern, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, werden gestrichen.

Streichungen an den Wahlvorschlägen werden nicht beachtet.

§ 11.

Die örtlichen Wahlausschüsse stellen die Zahlen der in den einzelnen Abstimmungsbezirken auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmzettel fest.

Die Landeswahlkommission stellt die Gesamtzahlen für das ganze Land fest, verteilt die 150 Abgeordnetensitze unter die Wahlvorschläge und bestimmt die gewählten Bewerber.

§ 12.

Die Abgeordnetensitze werden unter die Wahlvorschläge nach dem Zahlenverhältnis der auf die letzteren abgegebenen gültigen Stimmzettel verteilt, indem die den einzelnen Wahlvorschlägen zugefallenen Stimmzettelzahlen der Reihe nach durch eins, zwei, drei, vier usw. geteilt und von den hiebei sich ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen ausgesondert und der Größe nach geordnet werden, als Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Abgeordnetensitze, als Höchstzahlen auf ihn entfallen. Entfällt die letzte Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich, so entscheidet das Los.

Bei dieser Verteilung sind verbundene Wahlvorschläge in der Art als **ein** Wahlvorschlag zu betrachten, daß zunächst die Gesamtzahl aller Stimmzettel, die auf die verbundenen Wahlvorschläge zusammen entfallen sind, maßgebend ist. Ist so die Zahl der auf die verbundenen Wahlvorschläge entfallenden Sitze festgestellt, so erfolgt in gleicher

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Weise die weitere Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge nach Maßgabe der auf jeden von ihnen gefallenen Stimmzettel. Dieses Verteilungsverfahren beginnt, wenn engere und weitere Wahlvorschlagsverbindungen vorliegen, mit den letzteren.

§ 13.

Für die Verteilung der einem Wahlvorschlag zugeteilten Abgeordnetensitze unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend.

§ 14.

Das Wahlergebnis wird von der Landeswahlkommission sofort nach seiner Feststellung im Staatsanzeiger veröffentlicht.

§ 15.

Wenn einzelne Gewählte nicht in die Landesversammlung eintreten, so treten auf Grund einer entsprechenden Feststellung des Vorsitzenden der Landeswahlkommission die auf dem gleichen Wahlvorschlag stehenden weiteren Bewerber an ihre Stelle; die Reihenfolge bestimmt sich nach § 13.

Das Gleiche gilt beim späteren Ausscheiden eines Abgeordneten, wenn die Parteivertretung in der Landesversammlung, der er angehört hat, dies beantragt.

§ 16.

Die örtlichen Wahlhandlungen und die Verhandlungen der Landeswahlkommission finden öffentlich statt.

§ 17.

Die Landeswahlkommission stellt den von ihr für gewählt erklärten Bewerbern Wahlurkunden aus, die als Ausweis für den vorläufigen Eintritt in die Landesversammlung gelten.

Wahlanfechtungen können bis zum Zusammentritt der Landesversammlung bei der Landeswahlkommission, später bei der Landesversammlung selbst angebracht werden. Die Beschlußfassung darüber bleibt der Landesversammlung vorbehalten.

§ 18.

Weitere Vorschriften erläßt das Ministerium des Innern.

Stuttgart, den 2. Dezember 1918.

Die Provisorische Regierung:

Blos. Baumann. Crispien. Fischer. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann.

An die Herren Verwaltungsaktuare bezw. Ortsvorsteher.

Zur Fertigung einer Uebersicht über die von den Gemeinden im Rechnungsjahr 1916 erhobenen Steuern (Ministerialerlaß vom 25. Sept. 1918, M. Amtsblatt S. 186) ist bis 20. ds. Mts. dem Oberamt anzuzeigen:

1. die Katastersumme für die Gemeindeumlage,
2. die Summe der Einkommensteuer-Einheitssätze,
3. der Ertrag

a) der Gemeindeumlage, b) der Gemeindeeinkommensteuer c) der Gemeindekapitalsteuer, d) der Wohnsteuer, (ohne Reboga-Gebühr), (e der Verbrauchsabgaben (Rohertrag), f) der Grundstücksumsatzsteuer, g) der Hundeabgabe, h) der Gemeinde-Wandergewerbesteuer (einschl. Ersatzsteuer,) i) des Anteils an der Zuwachssteuer, k) des Anteils am Ertrag der Saisonarbeiterportel, l) der Gesamtsteuerertrag, m) der amtsvorstehaftlichen Wandergewerbesteuer, n) der Schulkostenumlage, o) der kirchlichen Umlage.

Bei Ziffer 3 a, b, c, d, e, f, g, n, o, sind auch die Steuersätze anzugeben.

Der Darstellung sind die **Rechnungsergebnisse** zu Grund zu legen; Pfennigbeträge sind wegzulassen, Beträge über 50 Pfg. auf 1 Mk. aufzurunden.

In **zusammengesetzten Gemeinden** sind die von der Gesamtgemeinde und den einzelnen Teilgemeinden erhobenen Steuern je gesondert anzugeben.

Nagold, den 4. Dezbr. 1918. Oberamt:

Reg.-Rat Kommerell.

Versorgung der Landwirtschaft mit Benzol.

Den (Stadt-) Schultheißenämtern sind heute die zur Anmeldung des Benzolbedarfs für landwirtschaftliche Zwecke bestimmten Vordrucke mit der Post zugegangen. Die Vordrucke sind doppelt. Der Durchschriftsvordruck ist für die Gemeinde bestimmt.

Der Bedarf ist nicht für jeden Motorenbesitzer getrennt anzugeben, sondern der gesamte Bedarf der einzelnen Gemeinde soll auf einem Schein mitgeteilt werden, wobei noch besonders darauf aufmerksam gemacht wird, daß die letzte Spalte der Scheine „Verpackungsart" unbedingt genau auszufüllen ist.

Die Anmeldungen sind **unverzüglich,** spätestens aber bis zum 15. ds. Mts. hierher einzureichen, da nach diesem Zeitpunkt einkommende Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Den 5. Dezember 1918. J. V. Münz.

Landwirtschaftl. Bezirksverein

Nagold.

Versammlung

am Donnerstag, 12. Dezember

mittags 3 Uhr

in der **„Traube"** in **Nagold.**

Tagesordnung: **Aufklärung über die heutige Lage und die Landwirtschaft.**

Hiezu werden die Landwirte — Mitglieder und Nichtmitglieder, auch Frauen — freundlichst eingeladen.

Der stellv. Vorstand:
Dr. Metzger.

Wildberg, den 6. Dez. 1918.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unserer lieben, treubesorgten Mutter

Frau Ernstine Bauer Wwe.

geb Dürr

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts, für die schönen Kranzspenden, sowie für den erhebenden Gesang sprechen den innigsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen

Schönbronn, 7. Dez. 1918.

Danksagung.

Für alle Beweise der Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben, treubesorgten Vaters, Großvaters und Schwagers

Gottlieb Dingler

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte von hier und auswärts sagen wir unsern innigen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Sohn **Christian Dingler,** Bauer,
die Tochter **Kath. Schill** geb. Dingler.

Ortsgruppe der Deutschen Demokrat. Partei.

Am Dienstag, den 10. Dez. abends 7½ Uhr findet im „Traubensaal" unser

1. politischer Aufklärungsabend

statt. Thema: **„Die politischen Parteien".**

Referent Professor Bauer.

Wir wollen eine möglichst rege Aussprache und laden unsere Mitglieder, sowie sämtliche Mitbürger und Mitbürgerinnen herzlich ein.

Der Ausschuß.

Nagold, den 7. Dez. 1918.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, anläßlich des herben Verlustes unseres lieben Sohnes und Bruders

Hermann Schittenhelm

danken wir herzlich.

Familie Schittenhelm, Schuhmacher.

Nagold, 9. 12. 1918.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir mit, daß unser liebes Kind u. Schwesterlein

Martha

am Samstag abend nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 4 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer
die Eltern
Wilh. Nerz mit Frau und die Geschwister.

Beerdigung Montag nachmittag 4 Uhr mit Begleitung.

Eine Anzahl

Pappeschachteln

für Weihnachtspakete geeignet, verkauft billig

Näheres Expedition.

Nagold.

Gefunden ein Geldbeutel

mit Geld und einer Fleischmarke. Abzuholen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen Gesuch.

Auf 1. Jan. wird ein ehrliches, williges Mädchen von 16—18 Jahren zur Beihilfe meiner Tochter für Küche und Haushalt gesucht. Betreff. ist Gelegenheit geboten das Kochen zu erlernen. Lohn nach Uebereinkunft.

Ernst Widmann z. „Lamm"
Herrenberg.

Schönbronn.

Unterzeichneter verkauft einen starken

Schaff-Stier.

Bernh. Stepper, Küfer.

Aufklebadressen

bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Nagold.

Geschäfts-Eröffnung.

Der werten Einwohnerschaft von hier und Umgebung teile ich mit, daß ich

meine Bäckerei

vom Mittwoch den 11. Dezbr. ab wieder öffnen werde und empfehle mich zugleich den geehrten Hausfrauen im **Kundenbrotbacken** aufs beste.

Hochachtungsvoll

Fr. Rauser, Bäckermstr.

Schietingen.

Eine 20 Wochen

trächtige Kuh

sowie ein fleischiges

Pferd zum Schlachten

verkauft

Karl Lutz, Jäger.

Die Gemeinde Hornberg OA. Calw sucht einen ca. 13 Monate alten

Zuchtfarren.

Schultheißenamt.

---

20 000 Meter Drahtgeflecht,

viereckig,

sofortlieferbar abzugeben.

Chr. Pfeiffer,
Maschinenfabrik,
Pforzheim,
Durlacherstr. 22.

Feldpostschachteln

aus fester, starker Lederpappe in 6 Grössen Musterpakete mit 60 Schachteln Mk. 12.— Nachnahme.

Ansichts-Karten

100 ff. verschiedene Serien-Glückwunsch-, Soldaten-Blumen-; Mädchen- etc. Postkarten. 100 Muster Mk. 6.—.

Glückwunschkarten

für alle Zwecke mit Kuvert 100 St. 5 Mk.

Brief-Mappen

mit 5 ff Briefbogen und 5 Hüllen. 16 Mustermappen Mk. 4 —

Paul Rupps, Freudenstadt
Nr. 310 (Wttbg.)

Sohlen- und Absatznägel

sind wieder eingetroffen.

Ebhausen. Aug. Keßler.

Wohn- u. Geschäftshäuser, Landanwesen Grundstücke, Geschäfte

gesucht!

Wer irgend ein Besitztum oder Geschäft an zahlungsfähig. Käufer gegen Bar oder hohe Anzahlung **verkaufen will,** der schreibe **sofort** mit Preisangabe an die Universal-Vermittlungs-Zentrale **München,** Landerstr. 58 I.

Suche auf sofort ein kräftiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit bei hohem Lohn.

Näheres zu erfragen bei der Geschäftsstelle d. Bl.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw